

Verbrechen während der Unabhängigkeitskriege: Der Lumumba-Mord

Q&A zum rechtlichen Hintergrund

Worum geht es in dem Fall?

Die Ermordung von Patrice Émery Lumumba, dem demokratisch gewählten und zugleich ersten Premierminister der Demokratischen Republik Kongo, einer zentralen Figur der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen, ist einer der emblematischsten Kolonialverbrechen der Zeit der Dekolonisierung. Lumumba war nur wenige Monate im Amt, als er am 17. Januar 1961 in der Region Katanga ermordet wurde.

Über Jahrzehnte wurden weder Mord noch die Rolle der ehemaligen Kolonialmacht Belgien nicht aufgeklärt. 50 Jahre nach der Ermordung Lumumbas stellte sein Sohn François Lumumba gegen elf belgische Staatsbürger in Belgien Strafanzeige wegen ihrer Beteiligung an dem Attentat. Jahrelang stagnierte das Verfahren, bis die belgische Bundesanwaltschaft 2025 gegen den ehemaligen belgischen Diplomaten Etienne Davignon Anklage erhob und diese an das Brüsseler Strafgericht (Tribunal correctionnel de Bruxelles) weiterleitete. Zu diesem Zeitpunkt war Davignon der einzige noch Lebende der elf Angezeigten. Im März 2026 entschied das Gericht, dass die Anklage gegen Davignon zulässig sei. Damit war der Weg frei für eine öffentliche Hauptverhandlung. Doch Davignon verstarb zwei Monate später.

Die Ermordung des kongolesischen Unabhängigkeitsführers Lumumba im Jahr 1961 hatte nachhaltige Folgen für die Demokratische Republik Kongo. Belgien sicherte sich und westlichen Unternehmen nach dem Ende seiner brutalen Kolonialherrschaft weiterhin den Zugriff auf zentrale Ressourcen im Kongo. Bis heute ist das Land von humanitären Krisen, Gewalt und bewaffneten Konflikten geprägt, die unter anderem durch die Ausbeutung von Bodenschätzen wie Gold, Coltan und Kobalt angeheizt werden.

Wer war in die Ermordung Lumumbas involviert?

An der Tat waren zahlreiche internationale und nationale Akteur*innen beteiligt, neben der CIA und kongolesischen Sezessionisten, vor allem die ehemalige Kolonialmacht Belgien. Sie fürchteten um ihren Zugriff auf die wichtigen Mineralressourcen des Kongo, die Lumumba verstaatlichen wollte. Nach seinem Programm sollten die Kongoles*innen von dem Ressourcenreichtum des Landes profitieren, nicht die ehemaligen Kolonisatoren, die das Land über Jahrzehnte brutal ausgebeutet hatten.

Am 30. Juni 1960 erklärte Patrice Lumumba in Léopoldville, heute Kinshasa, mit einer berühmten Rede, in der er Belgien für die brutale koloniale Gewaltherrschaft anklagte, die Unabhängigkeit der Republik Kongo. In Afrika machte seine Rede Lumumba zum Helden, für den Westen zum gefährlichen Sozialisten und Gefährder seiner Interessen.

Keine drei Monate später, im September 1960, putschte die kongolesische Armee unter Oberst Mobutu in Absprache mit Belgien und den USA und stellte Lumumba unter Hausarrest. Am 17. Januar 1961 wurden er und zwei seiner Mitstreiter und Minister, Joseph Okito und Maurice Mpolo, mit dem Flugzeug nach in die abtrünnige Provinz Katanga verbracht. Die Soldaten schlugen und folterten sie während des Flugs und nach ihrer Ankunft. Am selben Tag wurden alle drei von einem Erschießungskommando aus Katanga unter belgischer Aufsicht hingerichtet. Lumumbas Leichnam wurde durchteilt, in Schwefelsäure aufgelöst und schließlich verbrannt. Von seinem Körper ist einzig ein Zahn geblieben, den sich Gérard Soete, ein belgischer Polizeioffizier, der an der Beseitigung des Leichnams beteiligt war, als Trophäe mitnahm.

Wie wurde der Fall in Belgien aufgearbeitet?

Über lange Zeit wirkte der belgische Staat auf eine systematische Verdrängung und Abschirmung der eigenen Verantwortung im Fall Lumumba hin. Ernsthafte Untersuchungen fanden nicht statt, im Gegenteil: Archive waren schwer zugänglich, mutmaßlich belastende Dokumente klassifiziert. Die Behörden argumentierten, der Tod des kongolesischen Unabhängigkeitsführers sei eine Folge des „afrikanischen Chaos“ gewesen, das Belgien lediglich zu ordnen versucht habe. Während Lumumba in den ehemaligen Kolonien zur Ikone der Dekolonisierung und des Panafrikanismus wurde, setzte Belgien auf Verdrängung.

In seinem 1999 veröffentlichten Buch *De moord op Lumumba* legt der belgische Soziologe Ludo de Witte eine umfassende Recherche über Belgiens Verantwortung für Lumumbas Mord vor. Dieser sei das Ergebnis einer gezielten

politischen und kolonialen Strategie, an der belgische Regierungsstellen, Militärs und Diplomaten beteiligt gewesen seien – als Verantwortliche, nicht nur als Mitwisser. Damit löste er in Belgien die erste große öffentliche Debatte über das Kolonialverbrechen und später wurde eine parlamentarische Lumumba-Kommission eingesetzt.

2001 kam diese Parlamentsuntersuchung zu dem Schluss, dass Lumumbas Überführung in die feindlich kontrollierte Region Katanga mit Unterstützung belgischer Regierungsvertreter*innen organisiert worden war. Dass die belgische Regierung den Befehl zur Ermordung gegeben habe, ginge jedoch nicht aus den Dokumenten hervor. Ihr Fazit: Belgien trage nach heutigem Verständnis zwar eine moralische, jedoch keine rechtliche Verantwortung. Hauptverantwortung trügen Kongolesen, so der Bericht. Belgische Staatsbürger hätten zwar an der Hinrichtung teilgenommen, „jedoch unter Kommando und Kontrolle der katangischen Autoritäten“.

Für die Nachfahren Lumumbas reichte der halbherzige Abschlussbericht der Kommission nicht aus. Sie forderten strafrechtliche Ermittlungen und Gerechtigkeit.

Wer sind die Kläger*innen?

50 Jahre nach der Ermordung Lumumbas stellte sein ältester Sohn François Lumumba 2011 gegen elf belgische Staatsbürger Strafanzeige wegen ihrer Beteiligung an dem Attentat. Lange stagnierte das Verfahren. Am 20. Januar 2026 wurde der Fall erstmals vor dem Brüsseler Strafgericht angehört. Zu diesem Anlass schlossen sich zehn weitere Mitglieder der Enkelgeneration der Familie Lumumba der Klage an. Für sie ist dieser Schritt Ausdruck eines Interesses an der Aufarbeitung, das Generationen überschreitet.

Seit der Strafanzeige 2011 kämpft die Familie unermüdlich für Gerechtigkeit – nicht nur für Patrice Lumumba, sondern auch für seine Gefährten Maurice Mpolo und Joseph Okito sowie alle Opfer der Kolonialisierung.

Was fordern die Nachfahren Lumumbas?

Wie so oft sind es die Nachfahren der Opfer, die die Aufarbeitung gegen den Unwillen der Machthabenden vorantreiben. Dies erfordert Geduld und Ausdauer: Zwischen der Anzeige von François Lumumba im Jahr 2011, mehr als fünfzig Jahre nach der Ermordung seines Vaters, und dem voraussichtlichen Prozessbeginn 2027 liegen Jahrzehnte. 65 Jahre Strafflosigkeit wirken wie eine Fortsetzung des Verbrechens selbst. Die Forderung der Angehörigen bleibt die gleiche: Die Wahrheit – ausgesprochen von einem Gericht.

In ihren Augen geht der Fall jedoch über das konkrete Verbrechen hinaus: Ihnen geht es um einen Beitrag für die Aufarbeitung kolonialer Gewalt nicht nur im Kongo, sondern in allen ehemaligen Kolonien.

Welche Rolle spielt das ECCHR?

Das ECCHR unterstützte den Fall von Anfang an durch einen Amicus Curiae Brief im Jahr 2011 über eine der entscheidenden Rechtsfragen des Prozesses, die Qualifizierung als Kriegsverbrechen und deren Unverjährbarkeit nach internationalem Recht. Im Sommer 2025 ernannte die Familie ECCHR-Generalsekretär Wolfgang Kaleck zu ihrem Rechtsbeistand, gemeinsam mit Brüsseler Kolleg*innen, die den Fall von Beginn an vorangetrieben hatten.

Wer ist Étienne Davignon?

Am 17. März 2026 traf die Ratskammer des Brüsseler Gerichts erster Instanz eine historische Entscheidung: Sie ordnete an, dass Étienne Davignon, der zu diesem Zeitpunkt letzte noch lebende mutmaßliche Täter, wegen Kriegsverbrechen an Lumumba, Mpolo und Okito vor das Strafgericht gestellt wird.

Davignon war 1961 als 28-jähriger Diplomatenanwärter im Kongo. Er nahm damals am belgisch-kongolesischen Runden Tisch (Table ronde belgo-congolaise) teil, in dem führende Politiker*innen die Unabhängigkeit vorbereiteten. Bei dem Transfer vom damaligen Léopoldville nach Katanga sowie der Folter an Lumumba soll er eine Schlüsselrolle innegehabt haben. Im September 1961 schickte er aus Léopoldville folgendes Telegramm an seinen Vorgesetzten, den belgischen Botschafter Baron Robert Rothschild: „Fehlende Entschlossenheit, was erklärt, Lumumba noch nicht unschädlich ist. Hauptproblem scheint, Lumumba ausschalten und Einheit kongolesischer Führer gegen ihn haben.“ Nach seiner Zeit im Kongo machte Davignon in Europa Karriere: erst in den Kolonien, dann in der EU und später in der freien Wirtschaft, war er Spitzendiplomat, Außenpolitiker, Vizepräsident der EU-Kommission und zuletzt in verschiedenen Vorständen und Aufsichtsräten, etwa beim deutschen Chemiekonzern BASF.

Kurz nachdem das Brüsseler Gericht die Anklage gegen Davignon im Fall Lumumba zugelassen hat, starb der Angeklagte am 18. Mai 2026, bevor es zum Prozess hätte kommen können. Mit seinem Tod endete das vor mehr als 15 Jahren eingeleiteten strafrechtlichen Verfahren.

Was wird Étienne Davignon vorgeworfen?

Im Prozess hätte sich Davignon für Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Transfer, der Folter und dem Mord an Lumumba verantworten müssen. In der Antragsschrift der Anwaltschaft wird Davignon die „illegale Festsetzung und

Überführung eines Kriegsgefangenen“, „Verweigerung des Rechts auf ein faires Verfahren“ sowie „unmenschliche und erniedrigende Behandlung“ vorgeworfen. In ihrer Entscheidung von März 2026 ging das Gericht sogar über die Anträge der Bundesanwaltschaft hinaus, indem es das Verfahrens auch auf die Ermordung von den engen Vertrauten Lumumbas ausweitete – Jugendminister Maurice Mpolo und Senatspräsident Joseph Okito – die zusammen mit ihm in Katanga hingerichtet wurden.

Der Mord an Lumumba ist ein schwerer Verstoß gegen die Genfer Konventionen und muss als Kriegsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Die Dekolonisierung vollzog sich innerhalb der völkerrechtlichen Ordnung – entsprechend muss sie auch verhandelt werden. Belgien wie auch die DR Kongo waren zum Zeitpunkt des Mordes Vertragsstaaten der Genfer Konventionen. Bereits Mitte des 20. Jahrhunderts forderten Jurist*innen eine völkerstrafrechtliche Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen in bewaffneten Konflikten – andernfalls blieben zahlreiche während der Kolonialzeit begangene Verbrechen straflos.

Davignons Anwälte setzten auf eine Verzögerung des Verfahrens. Sie argumentierten, die Taten, die ihrem Mandanten vorgeworfen wurden, seien verjährt. Die Anzeigeschrift wiederum legte dar, dass Davignon nicht nur Kenntnis von der geplanten Ermordung hatte, sondern aktiv beteiligt gewesen war. Am 18. Mai 2026 starb Davignon im Alter von 93 Jahren. Das Strafverfahren gegen ihn ging so zu Ende, bevor es zum Prozess kommen konnte.

Was geschieht nach dem Tod von Davignon?

Nach mehr als sechs Jahrzehnten der Straflosigkeit lässt der Tod von Davignon die Forderungen nach Gerechtigkeit der Angehörigen von Lumumba weiterhin unerfüllt.

Nunmehr geht es um die gerichtliche Klärung der staatlichen Verantwortung Belgiens: Dies betrifft die Verwicklung der belgischen Behörden in die Ermordung Lumumbas, die Verschleppung der Aufarbeitung sowie die bis heute andauernden Folgen des Verbrechens.

Welche Bedeutung hat der Fall für die Aufarbeitung europäischer Kolonialverbrechen?

Der Fall Lumumba ist in mehrfacher Hinsicht einzigartig. Erstmals wurde die Ermordung eines afrikanischen Unabhängigkeitsführers durch eine ehemalige Kolonialmacht strafrechtlich vor Gericht verfolgt.

Obwohl es eines der emblematischsten Kolonialverbrechen ist, steht es in einer Reihe mit vielen weiteren. Auch andere gewählte Führer ehemaliger Kolonien wurden durch westliche Mächte gestürzt – vom iranischen Premierminister Mossadegh, der 1953 durch Großbritannien und die USA entmachtete wurde, nachdem er die Ölindustrie verstaatlichte, bis hin zum 1973 durch die USA unterstützten Putsch gegen Chiles sozialistischen Präsidenten Salvador Allende.

Nach Jahrzehnten der Straflosigkeit stehen wir immer noch am Beginn der rechtlichen Aufarbeitung des europäischen Kolonialismus. Keine europäische Kolonialmacht stellte sich bisher umfassend ihrer brutalen Geschichte. Im Gegenteil: Sie profitieren bis heute von der Ausbeutung der ehemaligen Kolonien. Doch die Verfahren um den Lumumba-Mord ist ein Anfang der Aufarbeitung der Verbrechen des Kolonialismus.

Stand: Juli 2026

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.

www.ecchr.eu